

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsamt: Rieser
Gemeinde Nr. 12.

Verlagsamt: Ruppig 21202.
Straße Nr. 12.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 237.

Montag, 12. Oktober 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, 1.50 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 1.10 Mark, monatlich 1.70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf., fernübertragbar und abheftbar 50 Pf., Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf., feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überständige Unterhaltungsbelege, Gebühren an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panzer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeke 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Diensträume des Landeshauptmanns werden Montag, den 13. Oktober 1919 von Sedanstraße 9 IV., nach Bismarckplatz 1 II. verlegt.
Dresden, am 11. Oktober 1919.

159 A
11120

Verteilung des Einmachzuckers.

Der ausländische Einmachzucker kann vom Dienstag, den 14. d. Mts., ab auf die ausgegebene Karte entnommen bez. abgegeben werden. Es entfällt 1 Pfund auf den Kopf. Der Preis beträgt 3.85 M. für das Pfund. Großhain, am 11. Oktober 1919.
Der Kommunalverband.

Nachstehend bringen wir den nach Gehör des Stadtverordneten-Kollegiums aufgestellten III. Nachtrag zur Instruktion für den Schornsteinfegermeister Herrn Friedrich Röder in Riesa, vom 1. September 1877 zur öffentlichen Kenntnis.
Der Rat der Stadt Riesa, am 11. Oktober 1919.

III. Nachtrag

zu der Instruktion für den Schornsteinfegermeister Herrn Friedrich Röder in Riesa, vom 1. September 1877.

1. Die Rebellöhne, wie sie in § 8 der Instruktion, abgeändert durch Nachträge vom 24. März 1903 und 20. Februar 1918, festgesetzt sind, werden rückwirkend ab 1. Juli 1919 um 100% erhöht.
Riesa, am 11. Oktober 1919.

Der Rat der Stadt Riesa.
(L.S.) (ges.) Dr. Scheider, Bürgermeister.

Mütterberatungsstelle.

Die vom unterzeichneten Wohlfahrtsamt eingerichtete Mütterberatungsstelle hält Beratungskunden wie folgt ab:
jeden 1. und 3. Dienstag im Monat vormittags von 9-10 Uhr mit Arzt und jeden 2. und 4. Dienstag im Monat nachmittags von 3-4 Uhr ohne Arzt und zwar im Hotel Kronprinz, Aufgang rechts, 1 Treppe.
Kinder im Alter von 2-6 Jahren sind zweckmäßiger Weise am 1. und 3. Dienstag im Monat, wenn der Arzt anwesend ist, zur Beratung zu bringen.

Die Entente über die Räumung des Baltikums.

In der Frage der Räumung des Baltikums hat die Entente der deutschen Regierung folgende Note zugehen lassen:

Die alliierten und assoziierten Regierungen nehmen Kenntnis von der in der Note vom 3. Oktober in aller Form zum Ausdruck gebrachten Absicht der deutschen Regierung, den Abtransport ihrer Truppen aus dem Baltikum und Litauen mit größter Energie einzuleiten und durchzuführen. Sie billigen gleichfalls die Zweckmäßigkeit der zu diesem Zweck von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen. Die deutsche Regierung versichert jedoch, daß die von ihr eingeleiteten Maßnahmen sie von der Anshuldigung freisprechen, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, wie sie durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages festgesetzt sind, vernachlässigt zu haben. Nachdem aber die Anordnungen der deutschen Regierung trotz der wiederholten Erläuterungen und Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen so lange aufgeschoben worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre Ausführung durchzuführen, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß diese Verzögerung beabsichtigt wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu bedauern vorgibt. Augenscheinlich ist es tatsächlich unmöglich, eine andere Erklärung für die Weigerung zu finden, den General von der Goltz zurückzurufen, welcher ihr offizieller Vertreter gewesen ist, um die gegenwärtige Situation zu schaffen, die durch den offenen Widerstand gegen die berechtigten Ansprüche der alliierten und assoziierten Regierungen charakterisiert wird. Warum hat man die Zurückberufung des Generals, die dreimal verlangt wurde, verweigert? Warum wurde der General, nachdem er erst vor einigen Tagen nach Berlin berufen war, tatsächlich auf das Operationsgebiet zurückgelandt. Offenbar geschah dieses, um mit Hilfe der Autorität seiner offiziellen Stellung eine Organisation durchzuführen, die heute der deutschen Regierung gestattet, zu behaupten, daß die Truppen, die bisher durch dieselbe Regierung bezahlt, gekleidet und befördert worden sind, heute unbotmäßig geworden sind. Hat General von der Goltz seinen Instruktionen entgegen gehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist dann keine Insubordination nicht bestraft worden, wie es durch eine schlichte Verabschiedung oder auf irgendeine andere Weise geschehen konnte? Sofern die Regierung auf diese Frage nicht genügende Erklärungen liefert als sie bisher gegeben hat, können die alliierten und assoziierten Regierungen nicht glauben, daß die deutsche Regierung ihren Versicherungen gemäß nicht alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus den baltischen Staaten zurückzuführen. Es ergibt sich übrigens aus den letzten Nachrichten aus Lettland, daß die Lage sich erheblich verschlechtert hat infolge der Offensiven, welche die Deutschen am 8. Oktober ergriffen haben, indem sie die deutsch-lettische Zone verlegten, die lettische Stellung mit Panzerjägern, mit Flugzeugen und stützten Gefügen angegriffen haben, indem sie weiter Riga bedroht und in Russland die Bildung einer deutsch-russischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der Bolschewistik feindselig gegenüberstellt hat. Im Hinblick auf diese Lage halten die alliierten und assoziierten Regierungen das Prinzip der vollen Verantwortung der deutschen Regierung in der Ausführung des Abtransportes aufrecht, und sie wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. September angeführten Maßnahmen in vollem Umfange anzuknüpfen zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller notwendigen Eile durchgeführt werden wird. Immerhin, um die Ausführung dieser Operation zu erleichtern, und die deutsche Regierung zu unterstützen, nehmen die alliierten und assoziierten Regierungen den Vorschlag an, alliierte Be-

treiter zu entsenden, deren Mission darin bestehen wird, bei der deutschen Regierung von den Maßnahmen Kenntnis zu nehmen, die von ihr getroffen sind, um die Bedingungen des Abtransportes zu erfüllen, wie auch um ihr diejenigen vorzuschlagen, die sie selbst für nützlich hält, um am Platze selbst und in voller Aktionsfreiheit die wirksamste Kontrolle der Ausführung dieser Maßnahmen auszuüben. Der Vorsitz der Alliiertenkommission wird in die Hände eines Generals gelegt werden, den die alliierten und assoziierten Regierungen ernennen werden. Erst wenn dieser General dem obersten Rate der alliierten und assoziierten Regierungen mitgeteilt haben wird, daß die Maßnahmen des Abtransportes normal durchgeführt werden, können die durch das Telegramm vom 27. September vorgesehenen Maßnahmen aufgehoben werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, ihre Antwort so schnell wie möglich bekanntzugeben zu wollen. Sie ist benachrichtigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sie für jeden Akt der Feindseligkeit verantwortlich machen werden, der gegen ihre Repräsentanten in den baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen sich ereignen könnte.
(gezeichnet) Marshall J. C. G.

Kleine Blockade.

Bei der deutschen Regierung ging ein Telegramm der internationalen Marinekommission ein folgendes Wortlautes: „Infolge des Angriffs auf Riga werden alle Freifahrer-erlaubnisse für deutsche Schiffe in der Ostsee vorübergehend außer Wirkung gesetzt. Schiffe, die sich in See in der Ostsee befinden, sind zurückzurufen und keinen anderen Schiffen ist die Erlaubnis zu geben, in See zu gehen, solange diese Außerkräftsetzung dauert. Deutsche Schiffe, die in der Ostsee befindlich angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen. Binnenraumbote sind zurückzurufen.“

Diese an der Schwelle des Vorfriedens doppelt harte Maßregel fällt zeitlich und nicht nur zeitlich, zusammen mit der Besetzung einer Rigaer Vorstadt durch Truppen der von Kowaloff-Bermondt geführten, aus Russen und Deutschen zusammengesetzten „westrussischen Armee“. Die Gegner dieses sonderbaren Duetts sind zurzeit nicht die Bolschewiken, sondern die Letten; die lettische Regierung aber wird vom Verband, das will in diesem Fall besagen: von den neuen Herren der Ostsee — den Engländern gestützt. Es entsteht die widerspruchsvolle Lage, daß die „westrussische Armee“, die im Kampf gegen den Bolschewismus bis jetzt als Verbündete der Westmächte hatte gelten müssen, gleichzeitig gegen den Lettenhaat und somit gegen den Verband im Kampfe liegt. Aus dieser Gegenrichtung hat der Führer der „Eisernen Division“, Major Bischoff, kein Hehl gemacht: sein Aufruf predigt Klipp und klar den bewaffneten Widerstand gegen die Verbandsmächte, gegen den Verfall der Frieden und somit gegen die deutsche Regierung. Der kann man, in ihrer und Deutschlands verwehrt, was, am allerwenigsten daraus einen Vorwurf machen, daß sie ihr Möglichstes tut, um die deutschen Truppen zur Heimkehr zu bewegen; ihr schwerer Fehler war, daß sie, die bolschewistische Gefahr überschätzend, nicht früher, als dies noch leichter war, für Räumung des Baltikums sorgte, und daß sie die Truppen so lange in der Ostsee ließ, daß von nicht bevollmächtigten Letten gegebene Anschließungsversprechen wurde erfüllt werden. Nicht lettisches Siedlungsland, aber das wir keine Verfügung haben, sondern deutsches, an dem es nicht fehlt, hätte man den Truppen anbieten sollen. Dieser berechtigter Vorwurf erschuldigt jedoch nicht die Brutalität und Zweideutigkeit der französisch-englischen Politik, die sich noch vor wenigen Monaten der deutschen Soldaten zu ihren Zwecken bediente, während sie heute die härtesten Mittel anwendet, um von der deutschen Regierung etwas zu erzwingen, was aber deren Kraft geht. Oder ist die „Kleine Blockade“ der Ostsee nur ein Teil der großen Blockade, die unter erzwungener Beteiligung der Neutralen über dem Bosphorus verhängt werden soll?

Dann wäre die Maßregelung Deutschlands ein wenig saubere Vorwand. Nur eine kurze Reihe von Tagen wird vergehen, bis der Friede in Kraft tritt. Soll Deutschland als blockiertes Land in ihn eintreten?

Eine Note der Entente über die Blockade des bolschewistischen Rußlands.

Die Entente hat den Regierungen eine Note zugehen lassen, worin diese ersucht werden, ihre Staatsangehörigen zu verhindern, irgendwelche Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland aufzunehmen. Diese Regierungen werden aufgefordert, die Zustimmung zu geben, daß sie die Durchführung dieser Punkte, auf das Strengste überwachen werden. a) Jedem Schiff, das sich nach russischen Häfen begeben, die in Händen der Bolschewiken sind, oder aus einem solchen Hafen kommt, sind die Reisepapiere zu verweigern. b) Gleiche Maßregeln sollen gegenüber allen Waren getroffen werden, die dazu bestimmt sind, auf irgend einem anderen Wege in das bolschewistische Rußland zu gelangen. c) Die Ausstellung von Pässen soll jedermann verweigert werden, der die Absicht hat, sich in das bolschewistische Rußland zu begeben, oder von dort kommt. (Ausnahmen in besonderen Fällen können nur nach Verhandlung mit den alliierten und assoziierten Mächten gemacht werden.) d) Es soll Sorge getroffen werden, die Banken daran zu hindern, mit dem bolschewistischen Rußland irgendwelche Geschäfte abzuschließen. e) Die genannten Staaten sollen so rasch als möglich Maßregeln treffen, um für ihre eigenen Staatsangehörigen jede Erleichterung des Korrespondenzverkehrs mit dem bolschewistischen Rußland durch Post, Telegraph oder drahtlose Telegraphie abzuschaffen.

Nach einer Rotterdammer Meldung soll der Oberste Rat beschloßen haben, daß Deutschland die erbeuteten russischen Geschütze an Kurland und Denikin auszuliefern habe.

Die Lage in den baltischen Provinzen.

Ein amtlicher Bericht der russischen Behörde besagt: Am 9. 10. abends haben unsere Truppen den Wegener auf die Vorhänge Riga zurückgeworfen. Darin die Kämpfe dauern fort. Tulkum ist von uns genommen. Die Truppen des Obersten Kowaloff haben nach harten Tag- und Nachtkämpfen den Wegener in die Vorhänge Riga zurückgeworfen und am 10. Oktober früh Thorenberg im Sturm genommen. Die Dänabriden sind in der Hand der Sieger. Die Osten und Letten leisteten jähren Widerstand. Teile der feindlichen Streitkräfte sind von ihrer Rückzugslinie abgeschritten. Oberst Kowaloff-Bermondt forderte nun von den Fronten, daß sie endlich den Durchmarsch zur Bolschewiken-Front freigeben und rufen sie zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus auf.

„Daily Mail“ meldet aus Helsinki vom 9. Oktober, daß die Vorhut des Obersten Bermondt Riga besetzt hat.

„Daily Chronicle“ meldet aus Riga vom 8. 10.: Eine deutsche Truppenmacht von 20 000 Mann greift die Letten auf einer Front von 10 Meilen einige Meilen nördlich Riga an.

Zusatz des B. T. B.: Die Nachricht ist irreführend. Es handelt sich um die russischen Truppen unter Bermondt-Kowaloff. Deutsche Formationen sind an den Kämpfen nicht beteiligt.

Das Reutersche Büro meldet aus London mit Bezug auf die Lage in den baltischen Provinzen, daß General von der Goltz vor 3 bis 4 Tagen nach Berlin abgefahren ist. Von einer Bewegung „seiner hunderttausend Mann“ sei jedoch bisher nichts zu bemerken.

Nationalversammlung.

Präsident Scheubach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der zweiten Beratung des